

Liebes Tagebuch ...

Als ich klein war, hatte ich keine Ahnung vom heiligen Martin. Weil evangelisch. Also ich. Für mich ging es am 11. November, am Martinstag, natürlich um Martin Luther. Der wurde an einem 11. November getauft, deshalb ist der 11.11. auch der Martinstag. Doch, das habe ich fest geglaubt. Dass in katholischen Gegenden wie hier in Eschweiler ein ganz anderer Martin gemeint war, für den man an Haustüren läutete und Martinslieder sang, ist mir erst aufgegangen, als ich zur Schule ging. So etwas nennt man Kulturschock.

Tatsächlich also, musste ich einsehen, war der Namensgeber für den Martinstag ein anderer Martin. Ein Bischof von Tours in Frankreich, berühmt als Wohltäter. Der 11. November ist sein Gedenktag, weil Martin an diesem Tag – ja, was wurde er da? Antworten Sie ganz schnell, ohne weiter zu lesen: wurde er an diesem Tag geboren? Getauft? Oder ist es sein Todestag?

Alles falsch. Am 11. November wurde er beerdigt. Er starb drei Tage vorher, am 8. November, gestern vor 1623 Jahren. Das ist so lange her, da kann sich kaum noch jemand erinnern. Aber jeder kennt die Legende, wie der heilige Martin von seinem E-Bike stieg und seine Corona-Maske mit einem Bettler teilte ... Quatsch! Damals gab es doch gar keine E-Bikes. Das kommt davon, wenn man versucht, alte Legenden auf moderne Art zu erzählen. Martin saß auf einem Pferd und teilte seinen Mantel. So ist es richtig.

Als Schulkind habe ich mich gefragt, warum er dem Bettler nicht den ganzen Mantel geschenkt hat. Aber meine Lehrerin sagte, das müsse ich symbolisch verstehen. Außerdem waren die Mäntel damals viel größer. Und morgen erzähle ich Ihnen etwas über die Martinsgans.

Friedhelm Ebbecke-Bückendorf

KURZ NOTIERT

Verkehrsversuche werden verlängert

ESCHWEILER Aktuell werden zwei Verkehrsversuche im Stadtgebiet Eschweiler durchgeführt. Zum einen wird auf einem Teilabschnitt der Grünstraße eine Einbahnstraßenregelung getestet, zum anderen wurden eine Anpassung der Ladezeiten sowie die Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr vorgenommen. Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden zusätzlichen Aufgaben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes konnte noch keine abschließende Bewertung der Versuche erfolgen, so dass beide Verkehrsversuche bis zum Jahresende verlängert werden. Gerne können die Anwohnerschaft der Grünstraße bzw. Gewerbetreibende und Kundschaft der Geschäfte in der Fußgängerzone Anregungen und Feedback einreichen, so dass diese bei der Entscheidung Ende Dezember berücksichtigt werden.

ES FREUT UNS...

... dass der Eschweiler Stadtrat in der morgigen Ausgabe vorgestellt wird – analog zum Stolberger heute.

ES ÄRGERT UNS...

... dass sich einige Menschen nicht an die Corona-Regeln wie Abstand und Mund-Nasen-Schutz halten, wie Birgitta Bauer beobachtet hat. „Oder auch positiv getestete Menschen, die sich trotz verhängter Quarantäne in einem Imbiss mit Abendessen versorgen“, schreibt sie.

Haben auch Sie etwas, das Sie freut oder ärgert? Rufen Sie an (02403 / 555 49 30), faxen Sie (02403 / 555 49 49) oder schreiben Sie uns (lokales-eschweiler@zeitungsverlag-aachen.de).

Experten warnen vor Einschränkungen

Behinderteneinrichtungen schlagen Alarm. Sie fordern: Keine erneuten Werkstattschließungen und Kontaktverbote.

VON MICHAEL GROBUSCH

ESCHWEILER/STOLBERG Eigentlich wollte man an diesem Mittag ein Resümee ziehen. „Wie sind wir bislang durch die Krise gekommen?“, lautete der Arbeitstitel des Treffens bei der Caritas Betriebs- und Werkstätten GmbH (CBW) in Eschweiler. Vertreter des Gastgebers, des Caritasverbandes, des Aachener Vinzenz-Heims und der Städteregion Aachen waren zusammengekommen, um darüber zu sprechen, wie die Corona-Pandemie das Leben von Menschen mit Behinderung von März bis Juni beeinflusst hatte. Das taten sie auch. Doch der Blick zurück wurde abgelenkt von der rasant steigenden Zahl der Neuinfektionen. Und von der Sorge, dass es im Zuge der sogenannten zweiten Welle in Werkstätten und Wohnheimen ein zweites Mal zu massiven Einschränkungen kommen könnte. Die Verantwortlichen wollen das unter allen Umständen verhindern.

Frank Pinner, Fachreferent Facharbeit und Sozialpolitik beim Caritasverband, brachte die gemeinsame Einschätzung der versammelten Experten auf den Punkt: „Dass man Menschen mit Behinderung schützt, indem man sie abgrenzt, ist eine völlig irrealer Vorstellung.“

Auf Knopfdruck abgeschaltet

Kerstin Konzer kann das nur bestätigen. Sie ist Vorsitzende des Gesamtwerkstatrates der CBW und damit Sprecherin von derzeit 1344 Menschen mit Behinderung, die in den insgesamt acht Werkstätten arbeiten und betreut werden. Konzer berichtet von „einer wirklich schlimmen Zeit“, die sie und ihre Kollegen durchgemacht haben. „Ab Mitte März gab es ein Betretungsverbot für alle Beschäftigten. Das bedeutet nicht nur, dass wir nicht mehr arbeiten durften, sondern auch, dass unsere sozialen Kontakte, unsere Freundschaften und auch unser gewohnter Tagesablauf wie auf Knopfdruck abgeschaltet wurden.“

Die CBW habe alles versucht, um diesen Eingriff in das Leben der Behinderten aufzufangen – beispielsweise, indem Werkstattmitarbeiter in die Wohngruppen gingen und dort versuchten, für Beschäftigung und eine gewisse Struktur zu sorgen. „Aber trotzdem haben viele von uns sehr gelitten. Deshalb appelliere ich an die Politik, die Werkstätten nicht noch einmal zu schließen.“

Auch die massiven Einschränkungen im Wohnbereich will niemand mehr erleben. „Viele Eltern waren mit der Situation überfordert, weil ihr Kind plötzlich den ganzen Tag zu Hause war“, weiß Gudrun Jörißen. Und auch in den Wohnheimen habe über mehrere Monate Ausnahmezustand geherrscht, betont die stell-



Experten warnen vor einer neuerlichen Schließung von Behindertenwerkstätten – unser Bild zeigt die Werkstatt der Caritas Betriebs- und Werkstätten GmbH in Eschweiler. Auch neuerliche Kontaktverbote lehnen sie ab.

FOTO: MICHAEL GROBUSCH

vertretende Leiterin des Aachener Vinzenz-Heims.

„Nachdem die Werkstätten geschlossen worden waren, mussten unsere Bewohner in ihren Gruppen bleiben.“ Jörißen spricht von einer „sehr extremen Erfahrung. Und der schwerste Eingriff war die Unterbindung der Familienkontakte.“ Denn weder durften Angehörige ins Heim kommen, noch die Menschen mit Behinderung ihr Elternhaus besuchen.

„Die Politik hat den Bevölkerungsgruppen, die besonders verletzlich sind, am meisten zugemutet“, stellt Andreas Wittrahm im Rückblick fest. „Erst nach und nach ist realisiert worden, was das für diese Menschen bedeutet.“ Der Bereichsleiter Facharbeit und Sozialpolitik des Caritasverbandes will das nicht als Vorwurf verstanden wissen. „Wir waren und sind immer noch permanent dabei, Dinge auszuprobieren. Deshalb bin ich kein Freund davon, anderen vorzuhalten, wenn etwas nicht funktioniert hat.“

Sehr wohl aber will Wittrahm aus Fehlern lernen. Betretungs- und Besuchsverbote in Behindertenwohnheimen und auch in Alteinrichtungen hält er für nicht mehr vertretbar. „Wegen der sozialen Isolation und der dadurch bedingten Einsamkeit waren die Betroffenen im Frühjahr einer enormen psychischen Belastung ausgesetzt.“ In die-

sem Herbst und Winter gelte es das zu vermeiden – mit einem differenzierteren Vorgehen als der allgemeine Schließung von Werkstätten und Isolierung von Wohngruppen. „Das damit verbundene Risiko müssen wir ein Stück weit in Kauf nehmen.“

Michael Doersch sieht das ähnlich. Der CBW-Geschäftsführer hält nichts von einem neuerlichen pauschalen Betretungsverbot. Allerdings rechnet er in den nächsten Wochen auch nicht damit. „Ein solches Verbot schließe ich im Moment aus“, erklärt auch der städteregionale Gesundheitsdezernent Michael Ziemons. Stattdessen sei eher mit der vorübergehenden Außerbetriebnahme einzelner Arbeits-

bereiche zu rechnen, in denen es eine Häufung von Corona-Fällen gebe. „Es ist jetzt nicht mehr die Frage, ob Fälle auftreten werden, sondern wann und wo“, steht für Michael Doersch fest.

Was passieren wird, wenn der erste Mensch mit Behinderung betroffen sein wird, ist noch offen. „Denn wie definiert man die Quarantäne für jemanden, der eine bestimmte Behinderung hat“, fragt Gudrun Jörißen. Und auch sonst muss sich in der Praxis noch herausstellen, was das beste Vorgehen ist, wenn die Zahl der Infizierten auch im Bereich der Eingliederungshilfe von Behinderten steigen sollte.

„Wir müssen zügig ein Konzept entwickeln, dass es uns ermöglicht,

Schnelltests selbst durchzuführen“, schlägt die stellvertretende Einrichtungsleiterin vor. Das findet uneingeschränkte Zustimmung in der Expertenrunde. Allerdings weiß diese auch um das Problem bei der Um-

setzung. Denn Schnelltests sind derzeit absolute Mangelware. An der kollektiven Förderung der Fachleute ändert das nichts: „So etwas wie im Frühjahr darf nicht noch einmal passieren.“

KOMMENTIERT

Fehler nicht wiederholen

Die Ausbreitung des Coronavirus hat im Frühjahr die Politik und die gesamte Gesellschaft überfordert. Es wurden Entscheidungen getroffen, die sich im Nachhinein als falsch herausgestellt haben. Menschen mit Behinderung kollektiv die Möglichkeit zu nehmen, ihrer Arbeit in den Werkstätten nachzugehen, war eine dieser Fehlentscheidungen. Sie nicht nur in den Wohnheimen, sondern sogar in einzelnen Wohngruppen zu isolieren und den Kontakt zu ihren Eltern und der gesamten Außenwelt zu unterbinden, war eine andere.

Andreas Wittrahm hat recht, wenn er sagt, dass Covid-19 uns permanent dazu zwingt, Dinge auszuprobieren. Und dass man deshalb denjenigen, die Entscheidungen treffen müssen, keinen Vorwurf machen darf, wenn sie mit ihren Entscheidungen falsch gelegen haben sollten.

Sehr wohl aber müssen daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden. Wer sich von Menschen, die mit Behinderten arbeiten oder selbst eine Behinderung haben, erzählen lässt, wie sie das zurück-

liegende Frühjahr erlebt haben, dem wird schnell klar, dass es Vergleichbares nicht noch einmal geben darf. Nicht bei einem Lockdown „light“, und auch nicht bei einem „richtigen“ zweiten Lockdown, falls uns dieser in den kommenden Wochen oder Monaten widerfahren sollte.

Wenn unserer Gesellschaft nichts Besseres einfällt, als Menschen mit Behinderung zu ihrem vermeintlichen Schutz aus- und einzusperrten und sie so ihrer Tagesstruktur und ihres sozialen Umfelds zu berauben, dann hat sie versagt. Doch auch die Gesellschaft ist in der Lage, aus Fehlern zu lernen. Nicht immer. Aber hoffentlich in diesem Fall.

m.grobusch@medienhausaaachen.de

MICHAEL GROBUSCH



„Schäden für die Theaterbranche sind nachhaltig“

Die Stolberger Schauspielerin und Regisseurin Stefanie Otten spricht darüber, was die Corona-Krise für ihre Arbeit bedeutet

STOLBERG Normalerweise ist das Theater ihr Arbeitsplatz. Die gebürtige Stolbergerin Stefanie Otten hat eine Schauspielerausbildung gemacht und arbeitet mittlerweile als künstlerische Leiterin des Original Grusel dinners und im Schauspielprogramm der Uniklinik Düsseldorf. Angehende Mediziner erlernen hier den Umgang mit Patienten, die von Schauspielern gemimt werden. In beiden Jobs ist die 37-Jährige nicht als Schauspielerin, sondern in den Bereichen Casting und Probe beschäftigt. Im Gespräch mit Svenja Stühmeier spricht sie über das Theater im Lockdown und ihr aktuelles Stück, das zumindest noch Premiere feiern konnte.

Frau Otten, wie hat sich Ihre Arbeit durch Corona verändert?

Stefanie Otten: Die Vorstellungen des Grusel dinners sind ab Mitte März bis zum Spielzeitende im Sommer kom-

plett ausgefallen. Wir haben viele Zuschauer auf Termine im Herbst umgebucht, da wir damals nicht davon ausgegangen sind, dass wir auch jetzt nicht auftreten können. Schauspielerinnen mussten in Kurzarbeit gehen und sind es teilweise leider bis heute. Wir haben wegen Corona ein Zwei-Personen-Stück produziert, das auch



Kritisiert Teile der Corona-Maßnahmen: Schauspielerin und Regisseurin Stefanie Otten. FOTO: SIVANI BOXALL

mit der Situation spielt. Zum Beispiel werden Masken getragen, wenn die Schauspieler keinen Mindestabstand einhalten. Wir konnten noch die Premiere feiern, jetzt liegt das Stück aber wieder auf Eis.

Welche Schwierigkeiten entstehen dadurch?

Otten: Insbesondere für die Schauspieler ist das extrem frustrierend. Meine Regieaufgabe ist mit der Generalprobe ja quasi beendet. Aber die Pandemie kostet das Grusel dinner auch viel Geld, das wir für Personal und Requisiten brauchen und eigentlich durch Auftritte einspielen.

Wie steht es um Ihre Arbeit an der Uniklinik?

Otten: Die geht für mich ganz normal weiter. Wie im Sommersemester finden die Kurse als Videokonferenz statt und die Schauspieler können von Zuhause aus arbeiten.

Dieses Semester sind im Vergleich zum Sommersemester sogar ein paar Kurse dazugekommen. Allerdings finden auch hier deutlich weniger Kurse mit Schauspielern statt als im regulären Präsenzunterricht. Im Moment können nur etwa 60 Prozent der Schauspielpatienten normal für uns arbeiten.

Was halten Sie von den Beschlüssen, die die Regierung bezüglich Corona gefasst hat?

Otten: Ich könnte natürlich sagen, „Schön, jetzt habe ich mehr Zeit für mein Baby“. Es trifft mich auch nicht so hart wie andere und insgesamt halte ich die Beschlüsse für sehr sinnvoll und wichtig. Sie hätten aber differenzierter sein sollen. So wurden alle Theater über einen Kamm geschert, es müssen auch die schließen, die viel Energie in Hygienekonzepte gesteckt haben. Außerdem ist es nicht richtig, das Theater als ‚Frei-

zeiteinrichtung‘ mit etwa einer Spielhalle gleichzusetzen. Wir haben einen Bildungsauftrag, ich habe zum Beispiel jahrelang politisches Kabarett gespielt und mein Mann arbeitet im Präventionstheater gegen sexuellen Missbrauch. Für mich ist das keine Freizeitbeschäftigung, auch nicht für unser Publikum.

Glauben Sie, dass die aktuelle Situation nachhaltig Einfluss nehmen wird auf die Theaterbranche?

Otten: Ja, die Schäden sind nachhaltig. Was schlimm ist, ist die Perspektivlosigkeit. Niemand weiß, wann es weitergeht. Außerdem sind die Leute vorsichtiger geworden, wir haben einen Zuschauerrückgang festgestellt. Viele meiner Freunde, die als Schauspieler arbeiten, mussten Arbeitslosigkeit beantragen oder andere Jobs annehmen. Sie arbeiten jetzt nebenbei im Supermarkt oder machen Lieferfahrten.